

Was heißt das für den Europarat?

„Der Europarat als Hüter der Menschenrechte sollte ein eigenes Rechtsinstrument zur künstlichen Intelligenz entwickeln“

Im September 2019 richtete der Europarat den Ad-hoc-Ausschuss für künstliche Intelligenz (CAHAI) ein, „um auf der Grundlage umfassender Konsultationen mit mehreren Interessengruppen die Machbarkeit und die möglichen Elemente eines rechtlichen Rahmens für die Entwicklung, Gestaltung und Anwendung künstlicher Intelligenz auf der Grundlage der Normen des Europarates für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu prüfen.“

Die Parlamentarische Versammlung unterstützt die Arbeit des CAHAI nachdrücklich. Sie stellt fest, dass die Anwendung der künstlichen Intelligenz in bestimmten Bereichen „besonders schwerwiegende potenzielle Auswirkungen auf die Menschenrechte“ hat, die bei der Beurteilung der Notwendigkeit und Machbarkeit eines europäischen Rechtsrahmens berücksichtigt werden sollten.

Die Parlamentarische Versammlung fordert daher das Ministerkomitee auf, „ein rechtsverbindliches Instrument zur Regelung der künstlichen Intelligenz auszuarbeiten, das auf einem umfassenden Ansatz beruht, sich mit dem gesamten Entstehungszyklus von KI-basierten Systemen befasst, sich an alle Beteiligten richtet und Mechanismen zur Gewährleistung der Umsetzung dieses Instruments enthält“.

Die Parlamentarische Versammlung unterstützt auch die Arbeit anderer Gremien des Europarates hinsichtlich der KI, darunter:

- ▶ die Empfehlung des Ministerkomitees Rec/CM(2020)1 über die Auswirkungen algorithmischer Systeme auf die Menschenrechte
- ▶ die Empfehlungen des Menschenrechtskommissars mit dem Titel „Unboxing Artificial Intelligence: 10 Schritte zum Schutz der Menschenrechte“
- ▶ die Arbeiten des Ausschusses für Bioethik (DH-BIO) zur KI im Gesundheitswesen und zur Neurotechnologie
- ▶ die Arbeiten des Europäischen Ausschusses für Strafrechtsfragen (CDPC) zu autonomen Fahrzeugen, KI und strafrechtlicher Verantwortung



<https://pace.coe.int/>

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Die Parlamentarische Versammlung fordert die Gewährleistung der Achtung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit



PREMS 162720

DEU

www.coe.int

Der Europarat ist Europas führende Organisation für Menschenrechte. Er hat 47 Mitgliedsstaaten, darunter die Mitglieder der Europäischen Union. Alle Mitgliedsstaaten des Europarates haben die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, ein Vertrag zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte überwacht die Umsetzung der Konvention in den Mitgliedsstaaten.





„Künstliche Intelligenz ist zu einem entscheidenden Faktor für die Zukunft der Menschheit geworden, da sie das Leben des Einzelnen wesentlich verändert und menschliche Gemeinschaften beeinflusst.

Künstliche Intelligenz birgt sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Es ist daher von größter Bedeutung, das richtige Gleichgewicht zwischen der Eindämmung der Risiken und der vollen Nutzung der Vorteile zu finden, welche die künstliche Intelligenz bei der Verbesserung des Lebens für alle bieten kann. Die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung weist genau in diese Richtung.“

Rik DAEMS,
Präsident der Parlamentarischen
Versammlung des Europarates

Wie beschreibt die Parlamentarische Versammlung KI?

„Computergestützte Systeme, die in der Lage sind, Daten aus ihrer Umgebung zu erfassen und herzuleiten und diese Daten dann mit Hilfe statistischer Algorithmen zu verarbeiten, um Ergebnisse zu produzieren, mit denen im Voraus festgelegte Zielsetzungen erreicht werden sollen. Die Algorithmen bestehen aus Regeln, die durch menschliche Inputs erstellt oder vom Computer selbst vorgegeben werden können, welcher den Algorithmus durch die Analyse riesiger Datensätze „trainiert“ und die Regeln beim Eingang neuer Daten weiter optimiert.“

Die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung in Bezug auf KI

Im Oktober 2020 nahm die Parlamentarische Versammlung eine Reihe von Resolutionen und Empfehlungen an, welche die Chancen und Risiken der KI für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zum Thema hatten.

Diese waren:

- ▶ Die Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle der künstlichen Intelligenz *Resolution 2341 (2020) und Empfehlung 2181 (2020)*
- ▶ Die Verhinderung von Diskriminierung durch den Einsatz künstlicher Intelligenz *Resolution 2343 (2020) und Empfehlung 2183 (2020)*
- ▶ Recht durch Algorithmen – die Rolle der künstlichen Intelligenz in der Polizeiarbeit und in den Strafrechtssystemen *Resolution 2342 (2020) und Empfehlung 2182 (2020)*
- ▶ Künstliche Intelligenz in der Gesundheitsversorgung: Medizinische, rechtliche und ethische Herausforderungen in der Zukunft *Empfehlung 2185 (2020)*
- ▶ Künstliche Intelligenz und Arbeitsmärkte: Freund oder Feind? *Resolution 2345 (2020) und Empfehlung 2186 (2020)*
- ▶ Rechtliche Aspekte von „autonomen“ Fahrzeugen *Resolution 2346 (2020) und Empfehlung 2187 (2020)*
- ▶ Die Schnittstelle Gehirn-Computer: neue Rechte oder neue Bedrohungen der Grundfreiheiten? *Resolution 2344 (2020) und Empfehlung 2184 (2020)*

Die Parlamentarische Versammlung wird ihre Arbeit zur künstlichen Intelligenz durch Monitoring der von ihr verabschiedeten Resolutionen und Empfehlungen, weitere Berichte sowie im Rahmen ihres Unterausschusses für künstliche Intelligenz und Menschenrechte und ihres Beobachterstatus beim Ad-hoc-Ausschuss für künstliche Intelligenz (CAHA) fortsetzen.

Die Position der Parlamentarischen Versammlung

„KI-Anwendungen sind heute in vielen Bereichen menschlicher Tätigkeit zu finden... Sie werden immer leistungsstärker und einflussreicher, und die Öffentlichkeit ist sich oft nicht darüber bewusst, wann, wo und wie sie eingesetzt werden“

Die Versammlung erkennt an, dass KI große Vorteile bringen kann, ist sich aber auch der damit verbundenen Risiken, insbesondere in bestimmten Bereichen, bewusst.

„Ein positiver Aspekt ist, dass die KI genutzt werden kann, um die **Rechenschaftspflicht** und **Transparenz** der Regierungen zu verbessern, zur Korruptionsbekämpfung beizutragen und demokratisches Handeln, Partizipation und Pluralismus zu fördern... Dennoch kann KI eingesetzt werden - und wird Berichten zufolge auch eingesetzt - um die Demokratie zu untergraben... Darüber hinaus kann der breite Einsatz von KI-basierten Technologien durch Staaten und private Akteure zur Kontrolle von Individuen ... zur Entstehung eines digitalen Autoritarismus ... führen. Die Konzentration von Daten, Informationen, Macht und Einfluss in den Händen einiger weniger privater Akteure und die wachsende Abhängigkeit von Menschen, Institutionen und der Gesellschaft als Ganzes von diesen Diensten geben ebenfalls Anlass zur Sorge.“

„Das **Strafrechtssystem** stellt einen der Schlüsselbereiche der staatlichen Zuständigkeit dar, da es die öffentliche Ordnung gewährleistet und Verletzungen verschiedener Grundrechte verhindert... Es verleiht den Behörden erhebliche Eingriffs- und Zwangsbefugnisse... Die Einführung nichtmenschlicher Elemente in die Entscheidungsfindung innerhalb des Strafrechtssystems kann daher besondere Risiken mit sich bringen....“

„Wie viele technologische Innovationen kann die KI zwar in erheblichem Maße zur Verbesserung der individuellen und öffentlichen **Gesundheit** beitragen, birgt aber auch gleichzeitig Risiken für die Rechte des Einzelnen und die öffentliche Gesundheitsversorgung. ... [So hat zum Beispiel] die Covid-19-Pandemie die Aufmerksamkeit auf die Rolle gelenkt, die die KI durch Echtzeit-Überwachung, Evaluierung und Verwaltung von Krankheitsdaten spielen kann. Die bestehende digitale Kluft und die Ungleichheiten ... in Verbindung mit der Verbreitung der KI könnten jedoch ... die Ungleichheiten in der Gesundheitsfürsorge noch verschärfen und die Ergebnisse ihrer Arbeit beeinträchtigen.“

„Die KI kann zwar die **menschliche Arbeit** unterstützen und erleichtern und sie effizienter machen, sie kann sich aber auch auf menschliche Entscheidungen oder Entscheidungen, die Menschen betreffen, manipulierend auswirken, die Menschenwürde verletzen, die Chancengleichheit beeinträchtigen und Vorurteile im Hinblick auf Beschäftigung und Zugang zu Beschäftigung vertiefen.“

„Die Einführung **autonomer Fahrzeuge** bedeutet, KI-gesteuerte Roboter in die Lage zu versetzen, sich mit hoher Geschwindigkeit bewegende Objekte in einer Situation, die eine tatsächliche, ernsthafte potentielle Gefahr für die Fahrzeuginsassen und andere Verkehrsteilnehmer darstellt, zu erkennen. Es wird erwartet dass autonome Fahrzeuge das Potenzial haben werden, wesentlich sicherer zu sein als von Menschen gelenkte Fahrzeuge.“

Das Risiko einer fortgesetzten verdeckten **Diskriminierung** durch die Verwendung von Unterrichtsdatensätzen, die durch historische Vorurteile verfälscht werden, ist ein weit verbreitetes Problem. „Es hat sich herausgestellt, dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz Diskriminierung verursachen oder zu ihrer Verschärfung beitragen kann, welche zu einer Vorenthaltung von Rechten führt, von denen bestimmte Gruppen unverhältnismäßig stark betroffen sind - häufig Frauen, Minderheiten und diejenigen, die ohnehin schon am stärksten gefährdet und marginalisiert sind.“

Wozu ruft die Parlamentarische Versammlung auf?

Die Versammlung ist fest überzeugt von der Notwendigkeit, einen sektorübergreifenden Regelungsrahmen für die KI zu schaffen, mit spezifischen Grundsätzen, die auf dem Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruhen“

Die Parlamentarische Versammlung hat eine Reihe grundlegender **ethischer Grundsätze** verabschiedet, die bei der Entwicklung und Umsetzung von KI-Anwendungen beachtet werden sollten. Diese Grundsätze, die in einem gemeinsamen Anhang zu den Berichten weiter ausführlicher erläutert werden, sind:

- ▶ *Transparenz, einschließlich Zugänglichkeit und Nachvollziehbarkeit*
- ▶ *Gerechtigkeit und Fairness, einschließlich Nichtdiskriminierung*
- ▶ *menschliche Verantwortung für Entscheidungen, einschließlich der Haftung und der Verfügbarkeit von Rechtsmitteln*
- ▶ *Sicherheit und Schutz*
- ▶ *Privatsphäre und Datenschutz*

Dennoch ist:

„die Versammlung der Ansicht, dass die von privaten Akteuren freiwillig eingeführten ethischen Prinzipien und Richtlinien zur Selbstregulierung keine angemessenen und ausreichenden Instrumente zur Regulierung der KI sind“

Bei jeder der in ihren Berichten untersuchten Situationen kommt die Versammlung zu dem Schluss, dass **gesetzliche Regelungen** erforderlich sein werden, um die potenziellen Risiken für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auszuschließen oder zu minimieren. Die verschiedenen Resolutionen schlagen eine Reihe von gezielten Maßnahmen vor, welche die nationalen Behörden zur Erreichung dieses Ziels umsetzen sollten.

Was bedeutet das für die Mitgliedstaaten und die nationalen Parlamente?

Die Resolutionen der Parlamentarischen Versammlung enthalten praktische Vorschläge für die nationalen Parlamente und andere Behörden. Diese sollen sicherstellen, dass die KI so eingesetzt wird, dass die gemeinsamen Normen des Europarates zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit respektiert werden. Sie beinhalten:

- ▶ die Verabschiedung nationaler Gesetze, Grundsätze, Leitlinien und Strategien für den Einsatz der künstlichen Intelligenz
- ▶ die Sicherstellung, dass eine Rechtsgrundlage für die Nutzung von KI-Anwendungen durch öffentliche Behörden besteht
- ▶ die Einbeziehung der Öffentlichkeit bei der Einführung von KI-Anwendungen in bestimmten Bereichen
- ▶ die Durchführung von Folgenabschätzungen im Bezug auf Menschenrechte vor der Einführung von KI-Anwendungen
- ▶ die Einrichtung nationaler Register von KI-Anwendungen, die von den Behörden genutzt werden

Die Parlamentarische Versammlung fordert die nationalen Parlamente insbesondere auf, folgende Schritte zu unternehmen:

- ▶ den Einsatz von KI-basierten Technologien zum Gegenstand regelmäßiger parlamentarischer Debatten zu machen
- ▶ von der Regierung zu verlangen, das Parlament zu informieren, bevor eine solche Technologie eingesetzt wird